

Zeitsplitter:

Klaus Staeck

Kurz vor dem Irak-Krieg

Künstler, Intellektuelle und das »Nein« des Kanzlers

Unbestritten zählt das Nein zum Irak-Krieg zu den wichtigsten Leistungen der Regierungsjahre von Gerhard Schröder. In seinem neuen Buch I am not convinced reklamiert der ehemalige Außenminister Joschka Fischer für sich, damals einen maßgeblichen Einfluss auf diese Entscheidung gehabt zu haben. Im Präsidium der SPD müssen wohl vor allem Heidemarie Wiecek-Zeul und Wolfgang Thierse Schröder zu einem klaren Nein gedrängt haben. Zur ganzen Wahrheit gehört auch, dass es sich um einen der seltenen historischen Momente handelte, in dem Künstler und Intellektuelle eine schwerwiegende politische Entscheidung mit beeinflussten. Ein persönliches Protokoll von Klaus Staeck aus aufgeheizter Zeit.

Fast täglich neue Horrormeldungen aus dem Irak. Der versprochene Frieden in weiter Ferne. Es war keineswegs selbstverständlich, dass sich Deutschland aus diesem Krieg herausgehalten hat.

Mein Verhältnis zu Bundeskanzler Gerhard Schröder war gegen Ende der ersten Amtszeit eher gespannt. So fuhr ich ohne größere Erwartungen zur Abschlussveranstaltung vor der Bundestagswahl im September 2002 in eine völlig überfüllte Dortmunder Westfalen-Halle. In seiner leidenschaftlichen Rede ließ dann aber Genosse Gerhard nichts aus, was die geschundene sozialdemokratische Seele erwärmte. Temporär beglückt über so viel Gemeinsamkeit bescheinigte ich anschließend dem Kanzler aller Deutschen: »So wie Du eben geredet und die nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit dürstenden Massen beglückt hast, kann ich fast jeden Satz unterschreiben«. Seine knappe Erwiderung: »Das befürchte ich«. Der Frotzeleien müde verabredeten wir uns zu einer friedlichen Aussprache nach der hoffentlich erfolgreichen Wahl.

So kam es dann. Rot-Grün hatte noch einmal gewonnen. Vor allem wegen des Versprechens, nicht Seit' an Seit' mit George W. Bush in den Irak-Krieg zu ziehen. Es blieb bei unserer Absprache. Ich traf Gerhard



Konrad Meyer

Klaus Staeck

(* 1938) Grafiker, Verleger, Rechtsanwalt.
Seit 2006 Präsident der Akademie der Künste, Berlin.

edition@staeck.com

Schröder am Montag, den 13. Januar 2003 im Kanzleramtsbüro. Der Aktualität geschuldet gab es nur ein Thema: Irak.

Internationale Verpflichtung oder Volkswillen

Die öffentliche Debatte war zu diesem Zeitpunkt von durchaus widersprüchlichen Meldungen geprägt. Kryptische Signale aus dem Auswärtigen Amt und der deutschen UN-Vertretung nährten den Verdacht, die Bundesregierung könnte am Ende doch noch weich geklopft werden und sich gegen den Willen von 80 % der Bevölkerung in ein Irak-Abenteuer stürzen. Vor allem einige Äußerungen von Außenminister Fischer und des UN-Botschafters waren jedenfalls so interpretierbar, als könnten sich die Atlantiker aller Lager doch noch durchsetzen. Gegenstand unse-

res Gesprächs war deshalb die Befürchtung vieler Künstler und Intellektueller vor einem Einknicken. Schröders Antwort: »Dann nenne mir etwa 20 Personen, die ich für den nächsten Sonntag ins Kanzleramt einladen werde, möglichst keine Journalisten«.

Sofort setzte ich mich im Willy-Brandt-Haus mit dem Leiter des Hamburger Instituts für Friedensforschung, Dieter S. Lutz, Hans Misselwitz sowie Klaus-Jürgen Scheerer vom Kulturforum zusammen, um trotz des enormen Zeitdrucks eine möglichst repräsentative Gruppe vorzuschlagen. Jeder übernahm ein Kontingent der Einzuladenden.

Der nächste Tag verging mit Rundrufen, um zu erfragen, wer wen erreicht hatte. Alle Bemühungen, Lutz zu erreichen, blieben erfolglos. Dann die Nachricht, er sei am Morgen in seinem Zimmer in der Hamburgischen Landesvertretung tot aufgefunden worden. Zu einer näheren Untersuchung der Todesursache kam es nicht. Ich selbst hatte die Nacht nur mit Mühe überstanden.

Aus dem Sonntagabend war der Montag geworden. Im 5. Stock des Kanzleramtes saßen schließlich mit Schröder am Tisch: Christa Wolf und Günter Grass, Friedrich Schorlemmer, Ruth Misselwitz von Aktion Sühnezeichen, der ehemalige Bundesverfassungsrichter Helmut Simon, Joachim Król, die Regisseure Hans W. Geißendörfer, Fred Breinersdorfer, Tom Stromberg und Hark Bohm, Wolfgang Niedecken von BAP, Katja Ebstein sowie der Verfassungsrechtler Thomas Bruha und der Friedensforscher Götz Neuneck, dazu wenige Mitarbeiter Schröders. Als Journalisten waren dann doch Holger Kulick von *spiegel-online*, Wilfried Mommert von *dpa* und Gunter Hofmann von der *ZEIT* dabei.

Es ging gleich zur Sache. In den vereinbarten zwei Stunden bekräftigte Schröder seine feste Absicht, Deutschland aus dem bevorstehenden Krieg herauszuhalten, betonte aber auch die Schwierigkeit, sich dem

starken Drängen der Amerikaner zu widersetzen. Er erwähnte auch die Bitte kleinerer Staaten, standhaft zu bleiben, weil sie sich nur schwer dem Druck der Weltmacht Amerika entziehen könnten. Alle Teilnehmer der Runde machten unmissverständlich klar, dass Schröder und die SPD jeden Kredit verspielten, wenn er jetzt wackele.

Am nächsten Tag hielt Gerhard Schröder bei einer Wahlkampfveranstaltung in Goslar jene historische Rede, in der er sich für die Bundesregierung definitiv festlegte, dass Deutschland sich an keinen Kriegshandlungen beteiligen und auch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einem Krieg unter gar keinen Umständen zustimmen werde.

Entscheidung gegen die veröffentlichte Meinung

Nach Ansicht vieler Diplomaten und einer großen Mehrheit der veröffentlichten Meinung hätten sich die Deutschen mit dieser klaren Entscheidung selbst isoliert. Im *Tagesspiegel* wurde die Goslarer Rede damals so kommentiert: »Einst drohte ›Irak‹ zum Codewort für das Auseinanderdriften Europas und Amerikas zu werden. Dann machte Schröder ›Goslar‹ zum Synonym. Des Kanzlers *Nein* macht es möglich, dass im Sicherheitsrat ein Duo Deutschland-Syrien gegen den Rest der Welt stimmt. Dann wären Rücktritte fällig. In Berlin.« Und weiter: »Schröders Außenpolitik des letzten halben Jahres hat Deutschland schwer geschadet. Er hat verbubelt, was in 50 Jahren aufgebaut wurde.«

Dass die Montags-Runde Bundeskanzler Gerhard Schröder darin bestärkt hat, an seiner Irak-Politik der Verweigerung festzuhalten, ist kaum zu bestreiten. Die gelegentliche Behauptung, dass unsere Gespräche für die eindeutige Festlegung ausschlaggebend waren, bleibt dennoch übertrieben.